



Wohnt hier ein gewisser Glanz?

Ja, der wohnt hier.

Übrigens ein äußerst angenehmer Hausgenosse. Verursacht wenig Arbeit. Putzen, wienern und so weiter – ade.

Höchst erfreulich, dieser Glanz. Wohnt schon viele Jahre hier, wird auch sicher auf Lebenszeit bleiben.

Ja, hier wohnt ein gewisser Glanz.

Rostfrei im Haus – vom Topf bis zur Türklinke, vom Besteck bis zum Beschlag – spart Ihnen viel Arbeit.

Alles bleibt stets blank und ist leicht zu pflegen für immer. Denn Rostfrei ist durch und durch reiner, hochwertiger Edelstahl und deshalb unverwüsth.

Rostfrei – Glanz fürs Leben



Angeklagte Mayer, Ahrens, Kuschnik
Links geblinkt

PROZESSE

KOMMUNISTEN

Rote Nelken

G rinsen Sie nicht“, rüffelte der Angeklagte Franz Ahrens den Oberstaatsanwalt, und dem Gericht gab er großmütig „die Chance, sich der Blamage dieses Prozesses zu entziehen“.

Der getadelte Ankläger blieb gelassen, und der Vorsitzende riet behutsam: „Wir sollten unsere Diskussion auf die rechtlichen Gesichtspunkte beschränken.“ So geschah es. Erhaben über Anfeindungen wie Zwischenrufe verhandelte die Große Strafkammer I des Landgerichts Hamburg gegen die Kommunisten Erich Mayer, 37, Franz Ahrens, 54, und Hubert Kuschnik, 43, – sämtlich angeklagt, für die verbotene KPD „geworben“ zu haben. Sie hatten vor Jahresfrist in den Links-Blättern „Blinkfür“ und „hamburger politisches leben“ eine Wiederzulassung der Kommunisten-Partei als „Segen für Hamburg“ gepriesen.

Verurteilt aber wurde am Dienstag vergangener Woche nicht das Kommunisten-Trio, sondern die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs.

Auf die Karlsruher Spruchpraxis hatte sich die Staatsanwaltschaft in ihrer Anklage berufen: Danach gilt im Sinne des Paragraphen 90 a Absatz 2 des Strafgesetzbuches jegliche Försprache sogleich als „Unterstützung“ und „Werbung“ für die illegale KPD*.

Vor diesem Gesetz aber waren in Westdeutschland bislang nicht alle Bürger gleich. Ex-Ministerpräsident Franz Meyers und der ehemalige Bundesjustizminister Ewald Bucher durften ungestraft eine Überprüfung des KPD-Verbots empfehlen, Kirchenpräsident a. D. Martin Niemöller und Bundesfinanzminister Franz-Josef Strauß gar eine Wiederzulassung der Untergrundorganisation fordern. Für Kommunisten aber galt jedes Plädoyer zugunsten ihrer verbotenen Partei als strafwürdig.

* Wer sich an einer (für verfassungswidrig erklärten) Partei oder an einer für sie geschaffenen Ersatzorganisation als Mitglied beteiligt, für sie wirbt oder sie unterstützt, wird mit Gefängnis bestraft.

Mit dieser Rechtsvorstellung ging nun die Hamburger Strafkammer ins Gericht:

- ▷ Die uferlose Auslegung der Begriffe „werben“ und „unterstützen“ durch den Bundesgerichtshof lasse die nach dem Grundgesetz „erforderliche Bestimmtheit“ einer Strafvorschrift vermissen.
- ▷ Der Bundesgerichtshof habe bislang den „bösen Willen“ bestraft; diese Methode aber laufe „auf die Bestrafung von Handlungen und Haltungen hinaus, welche die Verfassung der Beurteilung des Staates ausdrücklich entzieht“.

Blinkfuer darf weiter blinken. Im Gerichtssaal überreichten Parteifreunde den freigesprochenen Kommunisten 21 rote Nelken.

HANDEL

LEBENSMITTEL

Krise am Kochtopf

Die Aktionäre der Rheinstahl AG erwartet eine Überraschung: Zur Hauptversammlung in Essen am 24. Juli wird es nicht das gewohnte Diner geben, sondern Verpflegungsbeutel mit belegten Brötchen und Schokolade.

Der von der Krise betroffene Konzern (Umsatzrückgang: 50 Millionen Mark) tut es krisenängstlichen Bundesbürgern gleich. Denn auch sie kehren in Scharen „zu einfacher Hausmannskost zurück“, so Warenhaus-Unternehmer Helmut Horten.

Die Umsätze der westdeutschen Lebensmittelhändler sanken in diesem Jahr bis zu 13 Prozent. Zwar: Die Verbraucher „schnallen den Gürtel nicht enger“, wie Hortens Lebensmittel-Verkaufschef Hans Mensing beobachtete. Aber die kaufenden Hausfrauen suchen „in einer Art Moment-Orientierung“ (Mensing) etwa nach wohlfeilem Fleisch, wo sie bisher blindlings Filetsteaks verlangten. Teile des Schweins wie Pfoten, Bauch oder Ohren, die



Billige Lebensmittel im Kaufhaus
Pfoten und Ohren

Otto Köhler

MACHT DIE TÜR ZU

Es wurde dunkel über Deutschland. Axel Springers Bastion an der Schandmauer, sein Hochhaus in Berlin, schickt Nacht für Nacht aus allen Fenstern unseren darbenenden Landsleuten das Licht der Freiheit als stummen Trost über die Grenze. Doch in der Nacht zum letzten Mittwoch erlosch diese Flamme ansonsten unbeugsamer Freiheit. Und der Chor unserer Landsleute drüben fragte still: „Wo bleibt nur das Licht, das uns allnächtlich erleuchtet?“

Die Späher auf den Zinnen des Hochhauses an der Mauer schauen nicht länger besorgt nur in eine Richtung. Denn zum äußeren Feind im Osten gesellte sich der innere im Westen.

Darum stand in jener dunklen Nacht Polizei ums hohe Haus. Ihr Auftrag in der gefälligen Sprache der Polizeipressestelle: „Zum Schutz bestimmter Objekte werden je nach Gefahrenmoment Polizisten abgestellt. In diesem Fall waren es Funkstreifenwagen, Streifen und ein Wagen eines E-Kommandos.“

Das Gefahrenmoment sind Berlins Studenten. Sie rebellieren gegen die gutgemeinten Ratschläge der Berliner Springer-Presse zur richtigen Behandlung des studentischen Nachwuchses. „Störenfriede ausmerzen“ hatte etwa die „Berliner Morgenpost“ wiederholt gefordert und damit auch am 2. Juni während des Gala-Abends der Berliner Polizei für den Schah von Persien einen schönen und durchschlagenden Erfolg erzielt.

Die Studenten erwiesen sich trotzdem als undankbar und uneinsichtig. Davon zeugte eine Meldung, die vorletzten Samstag durch die Berliner Springer-Presse ging. „Tag der offenen Tür“ im Springer-Haus abgeschlossen“, so betitelte die Berliner „Welt“ den Tatbestand besonders einleuchtend. Das dazugehörige Kommuniqué lautet in der „Berliner Morgenpost“ so: „Am 1. Juli fand die letzte Besichtigung statt. Für 1967 ist damit die Aktion ‚Tag der offenen Tür‘ im Verlagshaus Axel Springer Berlin abgeschlossen. Noch nicht genutzte Karten haben keine Gültigkeit mehr.“

Warum verloren Karten ihre Gültigkeit? Der „Sozialistische Deutsche Studentenbund“ hatte durch Flugblatt angesagt: „Am Dienstag, dem 11. Juli 67, begeht das Springerhochhaus einen ‚Tag der offenen Tür‘. Wir werden das Haus an der Kochstraße begehen und in einer öffentlichen Stellungnahme unsere Haltung gegenüber der Springer-Presse darstellen.“

Diese Ankündigung verwandelte das Springer-Hochhaus in eine verteidigungsbereite Festung. Sämtliche Nebeneingänge wurden abge-

geschlossen. Am Haupteingang müssen jetzt Angestellte ihre Haus-Ausweise bei jedem Betreten des Hauses vorzeigen. Andere Besucher faßt ein stämmiger Mann mit sicherem Griff unter den linken Arm, entbietet die Frage nach dem Begehr und schiebt sie — wenn die Antwort befriedigend ist — mit dem Ausruf: „Gehn Sie dorthin“ zur Anmeldung weiter. Dort hat der Besucher — wie im benachbarten Ost-Berliner Ministerium für Staatssicherheit — eine Besucherkarte auszufüllen, auf der minutiös die Uhrzeit eingetragen wird.

Für den Fall aber, daß größere Besuchermassen sich dem Eingang nähern, wurden auf dem Dach dicke Feuerwehrschräuche als Wasserwerfer bereitgestellt.

Einer der Festungskommandanten, Springers Berlin-Repräsentant Dr. Kausch, streitet unaufgefordert ab, daß man Angst vor den Studenten habe, doch in seiner flüssigen Rede meidet er dramatische Vokabeln nicht. „Den Krieg“ hätten die Studenten seinem Haus erklärt. Und immer wieder gerät ihm jenes Wort über die Lippen, das seit den wilhelminischen Zeiten vergessen scheint: Den „Umsturz“ fürchtet er und will ihn bekämpfen.

Der Umsturz naht auch im parlamentarischen Gewand. Während der Berlin-Woche des Bundestages bildeten Studenten eine Lobby. Alle Abgeordneten bekamen eine von Politologen und Publizisten gearbeitete Dokumentation, die nachweist, daß Springers Presse Nachrichten verfälscht. Der Erfolg war erstaunlich.

Viele Abgeordnete kündigten den Studenten interfraktionelle Schritte gegen die Macht des Springer-Konzerns an. Die amtierende Vorsitzende des Publizistik-Ausschusses im Bundestag, die CDU-Abgeordnete Geisendörfer, regte die akademischen Lobbyisten an, einen entsprechenden Gesetzentwurf auszudenken. Und das Ausschußmitglied, der SPD-Abgeordnete Liedke, leitete offiziell die Dokumentation über Springer dem Bundeskartellamt zu weiterer Veranlassung zu.

„Enteignet Springer“ verkündet eine Parole, die als Anstecknadel inzwischen von vielen hundert Studenten am Rockaufschlag getragen wird. Doch während so der Umsturz sein Haupt erhebt, gibt es auch in Berlin noch Oasen des Friedens und glückliche Menschen. Einer der Verantwortlichen der Springer-Dokumentation, der Politologe Gerhard Maurer, kaufte dieser Tage in der Meierei Bolle ein. Die Enteignungsplakette trug er am Rockaufschlag. Da fragten zwei Mitkäufer: „Wer ist Springer?“